**Familienrecht**

* Ist Teil des Zivilrechtes/Privat
* Teil des BGB´s (Buch 4 Familienrecht)
* Drei Bereiche: Ehe, Verwandtschaft und Vormundschaft
* Grundgesetz Artikel 6
* Kindeswohlgefährdung SGB VIII // 1688 BGG
* Familienrichter 🡪 Landesgericht 🡪 Bundesgericht
* Amtsgericht 🡪 Abteilung Familiengericht

16.10.2019

**Die Ehe**

* §1303 bis §1312 BGB
* Eine im Ausland geschlossene Ehe wird in DE anerkannt.
* Eine Ehe im Ausland geschlossen wird in DE nicht immer anerkannt. Solange das 16 LJ nicht abgeschlossen ist. Eine Ehe kann in DE aufgehoben werden.
* Die Eheschließung kann nicht gegen ein Verbot verstoßen
  + Verwandtschaft (§ 1307)
  + Adoptierte Kinder
* Vor dem Standesamt (diese ist für den Staat gültig). Kirchlich ist nicht staatlich anerkannt.
* §1312 Standesbeamter Zeremonie
* Wirkung einer Ehe auf die Eheleute §1353 BGB
* Ein gemeinsamer Ehename ist nicht zwingend erforderlich
  + Zurück zum Geburtsname ohne Scheidung nicht möglich
* **Unterhalt** §1360
  + §1569 ff BGB
  + Kindesunterhalt wird in der Düsseldorfer Tabelle geregelt.
  + Unterhalt wegen Alter
  + Unterhalt wegen Erwerb
  + Aufstockungsunterhalt
  + §1574 Angemessene Erwerbstätigkeit (Berufe welche dem Ausbildungsberuf entsprechen.
  + §1578 Maß des Unterhalts, häufig der Halbteilungsgrundsatz
  + Mann verdient 3000, Frau 2000. Gemeinsam 5000. Die hälfte hier wäre 2500 €.

Die Frau verdient 2000 €, damit sie auf die 2500 € kommt, muss der Mann 500 € Unterhalt bezahlen.

* Ehevertrag kann alle geregelt werden (keinen Unterhalt z.b.), es darf nur nicht sittenwidrig (Druck, Drohung, ungerecht etc.) sein.
* §1363 Zugewinngemeinschaft (Was einem vor der Ehe gehört hat, gehört einem auch nach der Scheidung.) 🡪 Ohne Vereinbarung
  + Bei Scheidung: §1378 Ausgleichsforderung
    - Differenz ist der Zugewinn
  + §1374 Anfangsvermögen §1375 Endvermögen
  + Derjenige wo den Zugewinnausgleich möchte, muss dies beweisen.
  + Während der Ehe etwas Erben oder Geschenkt bekommen wird, wird dies zum Anfangsvermögen dazugezählt §1374 Abs. 2
  + Stichtag Eheschließung, >>Vermögen wo angerechnet wird << Stichtag Scheidungsantrag.
  + **Versorgungsausgleich** 🡪 Rentenanwartschaften der Eheleute werden hälftig aufgeteilt (Von Amtswegen)
    - Macht man nicht, wenn die Ehe unter 3 Jahre war oder grob unwillig.
    - Bei Selbständigkeit wird ebenfalls keinen Ausgleich gemacht.
* Ehe kann auf drei Arten aufgehoben werden.
  + §1314 BGB
  + Auch die Scheinehe.
* 1977 wurde das Recht der Ehescheidung grundlegend verändert. Zerrüttungsprinzip
  + §1565 BGB
    - Müssen getrennt leben
  + Diagnose „das die Ehe kaputt“ ist
  + Prognose „Ehe wird zukünftig nicht mehr bestehen“
  + §1566 BGB
  + Auch wenn nur eine die Scheidung möchte, stimmt das Gericht zu.
    - Ehe gilt als gescheitert, weil eine Partei dies nicht mehr möchte.
    - Leben die Partner drei Jahre nicht mehr gemeinsam §1566 Abs. 2 BGB
* 1 Jahr muss man getrennt Leben §1565 Abs. 2
  + Unter einem Jahr geht nur, wenn es unzumutbar ist (Gewalt in der Ehe, Alkohol etc.)
* §1566 BGB Getrenntleben – Trennungsgedanke (Ab der Zeit wo man getrennt lebt) Derjenige wo die Scheidung möchte, muss das getrennt leben beweisen.

**Fälle**

Fall 2:

1. §1565 Abs 2. Ehe wird angenommen, dass diese nicht mehr zusammenfindet. Trennungsjahr wurde erfüllt
2. Beide leben getrennt und haben ein eigene Haushaltsführung §1567
3. Lebensgemeinschaft besteht, da jeweils beide für den anderen sorgen. §1565. Sie leben nicht getrennt.
4. §1567 Gemeinsamkeiten zugunsten der Kinder. Daher Scheidung OK, ansonsten getrennt lebend.
5. Für einen kurzen Zeitraum ist es OK, zusammen zu leben länger als ein viertel Jahr gilt nicht mehr als Versöhnungsversuch §1567 Abs.2
6. Nein, keine unzumutbaren Gründe. §1565 Abs. 2
   1. D. verprügelt im Alkoholrausch: Unzumutbarer Grund!!
   2. C ist schwanger von einem anderen Mann: Umstritten, er kann Vaterschaft anfechten. (Richter entscheiden je nach Situation). Falls die Mutter sich trennen möchte, geht dies nicht, es muss in der Person des anderen liegen.

Fall 3:

1. Vater verdient 2600 €, Mutter pflegt ein Kind unter 3 Jahre, daher erhält sich nach § 1570 BgB 1300 € (2600 / 2). Mutter muss keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, da Kind unter 3. [1615L, bei unverheirateten Eltern] Höhe des Unterhalts §1578 BGB (Wenn verheiratet)
2. §1570 Abs. 2 BGB Kind mit drei Jahren, ist es zumutbar, dass die Mutter ca. 3 Std. pro Tag arbeiten kann.
3. Kein Unterhaltsanspruch nach §1570, da die Mutter Vollzeit arbeiten könnte. Bei einem 16 jährigen gut möglich. Dadurch haben beide dasselbe Einkommen.
4. §1573 Abs. 2 hätte die Frau Anspruch auf Unterhalt. (In der Praxis wird ein drittel bis ein viertel der Ehezeit gegeben. Also die Dauer des Unterhalts). Unterhaltsanspruch kann man begrenzen bzw. befristen.
5. §1579 Abs. 2 prüfen ob der Unterhalt herabgesetzt oder abgeschafft werden kann. Verfestigte Lebensgemeinschaft (Rechtsprechung meist 2-3 Jahre)
   1. Bei Neuheirat ist der Unterhaltsanspruch weg.

Fall 4:

1. §1363 Abs.2 Bis zur Hochzeit hat jeder sein eigenes.
2. Zugewinnausgleich: §1378 Ausgleichsforderung

G hat ein Anfangsvermögen 0 € und ein Endvermögen von 100 000 € somit hat er einen Zugewinn von 100 000 €

H hat ein AV von 0 € ein Endvermögen von 200 000 € somit hat sie ein Zugewinn von 200.000€ (200.000 minus 100.000 = 100.000 /2 == 50.000 €)

1. Vererbte Gegenstände 1374 Abs 2. (von Todeswegen wird es dem Anfangsvermögen zugerechnet. ) AV hat mit der Ehe nix zu tun, dies brachte er mit. Anspruch vom anderen Ehegatten verringert sich.
2. §1375 Abs. 3, das Aktienpaket wird dazugerechnet, da davon ausgegangen werden kann, dass das Paket „verschwendet“ wurde.

06.11.2019

**Elterliche Sorge**

* §1626 BGB Elterliche Sorge
* Aufgeteilt in Personensorge und Vermögenssorge
* Umgangs- und Sorgerecht sind getrennte Bereiche.
  + Umgang eher so alltägliche Bereiche
  + Sorge alle wesentlichen Entscheidungen
* §1631 BGB Inhalt und Grenzen der Personensorge
* Ab 14 Jahren sind Jugendliche Strafmündig
* Bei einem Sorgerechtsstreit möchte der Vater die Sorge haben,
  + §1626a Abs. 2 wenn die Übertragung dem Kindeswohl nicht widerspricht. (Negative Kindeswohl Prüfung)
  + Können Eltern kein Sinnvolles Gespräch führen bzw. es kommt keine Kommunikation zu Stande, wird die Sorge nicht auf den Vater übertragen.
  + Prozessrecht von Familienangelegenheiten:
  + §155a Abs. 2 Satz 2 FamFG: Das Gericht stellt dem anderen Elternteil den Antrag auf Übertragung der gemeinsamen Sorge nach den §§ [166](https://dejure.org/gesetze/ZPO/166.html) bis [195](https://dejure.org/gesetze/ZPO/195.html) der Zivilprozessordnung zu und setzt ihm eine Frist zur Stellungnahme, die für die Mutter frühestens sechs Wochen nach der Geburt des Kindes endet.
* Bei einer Scheidung haben beide das Sorgerecht. Eine Scheidung ändert nichts am Sorgerecht, dies muss beim Gericht beantragt werden.
  + Derjenige bei dem das Kind wohnt, hat die Alltagssorge §1687 BGB
* Alleinige Sorge kann nach einer Scheidung beantragt werden.
  + §1671 BGB Übertragung bei Alleinsorge
  + Auch zur Herbeiführung einer Trennung, kann die Alleinsorge beantragt werden.
  + Satz 2 …zu erwarten ist, dass die Aufhebung der gemeinsamen Sorge und die Übertragung auf den Antragsteller dem Wohl des Kindes am besten entspricht.
    - Zweistufige Prüfung: Beantragung und Übertragung
    - Kooperationsfähigkeit und Kooperationswille der Eltern wichtig.
    - An der Kooperation der Eltern wird häufig in der Praxis daran gearbeitet, dass beide Eltern einen vernünftigen Dialog für ihr Kind führen können.
  + Wer bekommt das Sorgerecht, wenn beide die Sorge beantragen? (Skript S. 29)
    - Laut BGB „das was dem Wohl des Kindes am besten entspricht“
    - §1697a BGB Kindeswohlprinzip
    - Kontinuitätsansatz
    - Förderungsgrundsatz (wer kann das Kind besser versorgen, wer ist besser geeignet.)
    - Bindungstoleranz der Eltern: Derjenige bei dem das Kind lebt, hat eine Toleranz zu dem anderen Elternteil (macht das Kind nicht schlecht etc.)
    - Kind kann in einen Loyalitätskonflikt kommen. Kind ist sehr loyal gegenüber seinen Eltern. Sobald man dem Kind suggeriert, dass ein Elternteil böse ist.
    - Bindung des Kindes, wohin hat das Kind die engste Bindung. Hier spielen Geschwister, Opa/Oma eine wichtige Rolle.
      * Wer hat sich bisher am meisten um das Kind gekümmert.
    - In der Praxis wird vermieden, die Geschwister zu trennen. Bei Einigkeit der Eltern, kann einer Trennung zugestimmt werden.
    - Kindeswille, ist ein wesentlicher Punkt. Es wird mit dem Kind gesondert ein Gespräch geführt und den Willen abgefragt. Laut Rechtsprechung könnte man bereits ein dreijähriges Kind nach seinem Willen fragen (Verfahrensbeistand arbeitet mit dem Kind und bereitet es vor). Achtung: Loyalitätskonflikt könnte hier durch Fachkräfte ausgelöst werden. Bei zunehmenden Alter werden Kinder vermehrt gefragt und die Aussagen werden stärker gewichtet.

Ggf. wird ein Sachverständiger über die Aussage des Kindes schauen und prüfen ob dies der eigene Wille des Kindes ist oder ob etwas suggeriert wird.

* §1671 Abs. 2 BGB, leben beide Eltern gemeinsam, sind nicht verheiratet und haben keine Sorge nach der Geburt geregelt.
* §1628 BGB Gerichtliche Entscheidungen bei Meinungsverschiedenheiten der Eltern
* §1674 BGB Ruhen der elterlichen Sorge (Bsp. Bei UMA´s, oder Eltern liegen nach einem Unfall im Koma)
* Tod eines Elternteils §1680 BGB
  + Sollte ein Elternteil die alleinige Sorge haben und versterben, wird das andere Elternteil geprüft ob die Sorge übertragen werden kann. Dies muss dem Kindeswohle entsprechen.
  + Beide Eltern sterben gleichzeitig: Kind erhält einen Vormund §1773 BGB. Eltern haben die Möglichkeit, solange diese leben, einen Vormund zu bestimmen oder jemanden ausschließen (Oma, Opa etc.)

20.11.2019

Sorgerecht

Fall 4a:

* §1631b, es muss gerichtlich genehmigt werden, dass eine geschlossene Unterbringung genehmigt wird. (i.V.m FamFG §167)

Fall 4b:

* §1631b Abs. 2 BGB, Time-Out Räume müssen vorher genehmigt werden, ebenfalls bei Kinder und Jugendlichen. Bei Notstand auch ohne Genehmigung vom Gericht machbar, muss aber sofort dem Gericht gemeldet werden und Genehmigung eingeholt werden.

Fall 4c

* Gilt dies auch zuhause?: Zuhause gilt dies nicht!!

Fall 4d:

* Jugendlicher erhält einen gesetzlichen Betreuer. Sind die Eltern in der Lage dies auszuüben, werden diese bestimmt. §1906

Fall 5:

* Beantragung einer Unterbringung in einer geschlossenen Einrichtung.
* Bei Verweigerung und akuter Gefahr, kann eine Zwangseinweisung stattfinden §312 ff , §319 FamFG
* §283, 284 FamFG Unterbringung zur Begutachtung.

Fall 6

1. Das andere Elternteil
2. Vormund Jugendamt wird bestellt

§1776 BGB, Benennungsrecht der Eltern. Eltern können jemanden bestimmen.

* 1. § 1779 Auswahl durch das Familiengericht

(1) Ist die Vormundschaft nicht einem nach § 1776 Berufenen zu übertragen, so hat das Familiengericht nach Anhörung des Jugendamts den Vormund auszuwählen.

(2) Das Familiengericht soll eine Person auswählen, die nach ihren persönlichen Verhältnissen und ihrer Vermögenslage sowie nach den sonstigen Umständen zur Führung der Vormundschaft geeignet ist. Bei der Auswahl unter mehreren geeigneten Personen sind der mutmaßliche Wille der Eltern, die persönlichen Bindungen des Mündels, die Verwandtschaft oder Schwägerschaft mit dem Mündel sowie das religiöse Bekenntnis des Mündels zu berücksichtigen.

(3) Das Familiengericht soll bei der Auswahl des Vormunds Verwandte oder Verschwägerte des Mündels hören, wenn dies ohne erhebliche Verzögerung und ohne unverhältnismäßige Kosten geschehen kann. Die Verwandten und Verschwägerten können von dem Mündel Ersatz ihrer Auslagen verlangen; der Betrag der Auslagen wird von dem Familiengericht festgesetzt.

1. §1680 Abs 2. Muss überprüft werden, ob Sorgerecht OK ist.
2. Vormund, da es dem Kindeswohl entspricht

**Umgangsrecht**

**§ 1626 Elterliche Sorge, Grundsätze**

(1) Die Eltern haben die Pflicht und das Recht, für das minderjährige Kind zu sorgen (elterliche Sorge). Die elterliche Sorge umfasst die Sorge für die Person des Kindes (Personensorge) und das Vermögen des Kindes (Vermögenssorge).

(2) Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln. Sie besprechen mit dem Kind, soweit es nach dessen Entwicklungsstand angezeigt ist, Fragen der elterlichen Sorge und streben Einvernehmen an.

*(3) Zum Wohl des Kindes gehört in der Regel der Umgang mit beiden Elternteilen. Gleiches gilt für den Umgang mit anderen Personen, zu denen das Kind Bindungen besitzt, wenn ihre Aufrechterhaltung für seine Entwicklung förderlich ist.*

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Wird oft torpediert:

* Kind ist an Besuchswochenenden immer krank
* Vater bringt das Kind immer zu spät zurück
* Etc.

Häufig in Verbindung mit Ausübung durch Macht.

§1684 BGB Umgang des Kindes mit den Eltern

Trotz Trennung und Scheidung soll das Kind mit beiden Elternteilen Kontakt haben, dies ist für seine Entwicklung förderlich. Teilnahme am Alltag wäre sehr wichtig.

Loyalitätskonflikt soll vermieden werden §1684 Abs. 2 BGB

Umfang des Umgangsrecht in Abs 3. Wird durch das Gericht geregelt. (Dauer, Häufigkeit, Brief und Telefonkontakte etc.) Ferien in der Regel hälftig…

Pfleger bei begleitenden Umgang.

Umgang bei Haft, wenn ein Elternteil in Haft sitzt. Möglich, für 2-3 Stunden.

Derjenige wo Umgang möchte, muss es abholen und zurückbringen (keine gesetzliche Grundlage, eher eine allgemeingültige Regel)

FamFG – Vermittlungsverfahren §165 FamFG (innerhalb von 4 Wochen)

§155 FamFG Beschleunigungsgebot.

Wenn trotz Beschluss, sich nicht an die Regeln gehalten wird, findet laut §88 ff FamFG Anordnungen statt. (Ordnungsgeld und Ordnungshaft) 🡪 **Vollstreckung**

§90 FamFG „Zwang“ durch das Gericht.

Benötigt man eine schnelle Lösung = Einstweilige Anordnung §49 FamFG

§156 Abs. 3 FamFG, falls in den vier Wochen keine Einigung getroffen wird. Kann ein Beschluss bis zu einem Gutachten etc. angeordnet werden. Dies soll einer Entfremdung vorbeugen.

27.11.2019

§1685 BGB, wenn das Kind mit anderen Umgang haben darf und es dem Kindeswohl dient.

Bei §1684 haben die Eltern einen Umgang, solange es dem Wohle des Kindes entspricht (Eltern haben dies automatisch).

Ausschlusskriterium ist häufig, wenn unterschiedliche Ansichten von Erziehung vorliegen und keine Änderung vorgenommen werden möchte.

Abs. 2 Nachbar oder Stiefvater welche aktiv bei der Erziehung mitgearbeitet haben. Stiefvater, dann wenn bspw. Die Beziehung scheitert, aber die Person bereit ist weiter für das Kind zuständig zu sein.

§ 1686a Rechte des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters (Stärkt Väter im Umgangsrecht)

(1) Solange die Vaterschaft eines anderen Mannes besteht, hat der leibliche Vater, der ernsthaftes Interesse an dem Kind gezeigt hat,

1. ein Recht auf Umgang mit dem Kind, wenn der Umgang dem Kindeswohl dient, und

2. ein Recht auf Auskunft von jedem Elternteil über die persönlichen Verhältnisse des Kindes, soweit er ein berechtigtes Interesse hat und dies dem Wohl des Kindes nicht widerspricht.

(2) Hinsichtlich des Rechts auf Umgang mit dem Kind nach Absatz 1 Nummer 1 gilt § 1684 Absatz 2 bis 4 entsprechend. Eine Umgangspflegschaft nach § 1684 Absatz 3 Satz 3 bis 5 kann das Familiengericht nur anordnen, wenn die Voraussetzungen des § 1666 Absatz 1 erfüllt sind.

Das Wechselmodell

Kann Theoretisch aufgezwungen werden, praktisch oft nicht umsetzbar

Das Kindeswohl muss gegeben sein!

Wechselmodell müssen Eltern gut und zuverlässig miteinander kommunizieren können. Eine Basis muss vorhanden sein, eine Ausgestaltung dieser Kontakte können während dieses Wechselmodells weiter erweitert werden.

Nähe der Elterlichen Haushalte, Erreichbarkeit der Schule etc. sind Voraussetzungen für das Wechselmodells.

Unterhaltsrechtlich ist das Wechselmodell noch nicht reformiert. Das bedeutet in der Praxis, dass der Unterhalt nicht geltend gemacht werden kann.

Fälle zum Umgangsrecht:

Fall 1:

Hat der Vater recht auf einen Umgang, obwohl er kein Sorgerecht hat.

Vater hat Umgangsrecht, dies ist unabhängig vom Sorgerecht.

Fall 3:

Was ist ein Wechselmodell?

Das Wechselmodell lässt sich rechtlich nicht aufzwingen, allerdings erstreiten.

Das Kindeswohl muss gegeben sein!

Wechselmodell müssen Eltern gut und zuverlässig miteinander kommunizieren können. Eine Basis muss vorhanden sein, eine Ausgestaltung dieser Kontakte können während dieses Wechselmodells weiter erweitert werden.

Nähe der Elterlichen Haushalte, Erreichbarkeit der Schule etc. sind Voraussetzungen für das Wechselmodells.

Unterhaltsrechtlich ist das Wechselmodell noch nicht reformiert. Das bedeutet in der Praxis, dass der Unterhalt nicht geltend gemacht werden kann.

Kann man dies gegen den Willen eines Elternteils durchkriegen ?

Ja es geht BGH über das Umgangsrecht.

Fall 2:

Enthält das BGB hierzu eine Regelung?

§1684 Abs. 2 – Wohlverhaltensklausel. Man darf nicht über ein Elternteil herziehen.

Was kann das Familiengericht beschließen?

§1684 Abs. 3, das Familiengericht kann die Eltern ermahnen und ggf. einen Umgangspflegschaft bestellen. In Extremfällen (wenn das Kind darunter leidet), kann der Umgang eingeschränkt werden oder eine Kindeswohlgefährdung sehen. FamFG – §165 Abs. 3

Wie wird die Situation bezeichnet ?

Loyalitätskonflikt

Wie wird die Fähigkeit von Eltern bezeichnet…

Bindungstoleranz, man toleriert die Bindung zu anderen. (Löst sich meistens, wenn beide einen neuen Partner haben)

Fall 4:

Was kann der Vater unternehmen?

§88 ff FamFG Ordnungsgeld oder Ordnungshaft, wenn sich nicht an die Vereinbarung gehalten wird.

§89 Abs. 2 Folgen auf die Zuwiderhandlung hinzuweisen.

§89 Abs. 4. Verpflichtete Gründe, weswegen kein Besuch stattfinden konnte.

Was wenn es der Vater nicht eskalieren lassen möchte ?

Vermittlungsverfahren §165 FamFG, es wird nochmal besprochen weshalb dies nicht funktioniert. Gericht kann dies aber ablehnen, wenn im Vorfeld bereits mehrere Schritte gemacht wurden.

Eltern haben sich auf den Umgang geeinigt ohne Gericht?

§86 Abs. 1 FamFG

§156 Abs. 2 FamFG, Es wird dann gebilligt, wenn das Gericht diesem Vergleich zustimmt, dadurch ist dies verbindlich und kann vollstreckt werden (hat die gleiche Wirkung wie ein Beschluss).

Was kann die Mutter machen, wenn sich der Vater weigert (Trotz Umgangsbeschluss)?

Erzwungener Umgang ist mit dem Kindeswohl nicht vereinbar.

Fall 5:

Wer trägt die Fahrkosten?

Derjenige wo das Kind abholt (Umgangsberechtigte trägt die Kosten)

Wie ist die Lage wenn du Mutter in Düsseldorf lebt?

Umgangsberechtigte trägt die Kosten, es sei denn er kann es sich nicht leisten und dadurch der Umgang nicht stattfinden kann, muss sich der andere daran beteiligen.

Fall 6:

Einstweilige Anordnung §49FamFG bei einem sofortigen Tätig werden. Häufig ohne Anhörung des Gerichtes.

§51 FamFG – Glaubhaftmachen und begründen. Eidesstatt versichert! (Wäre dies gelogen, wäre dies eine Straftat)

Fall 7:

Wie kann bis zur Klärung der Situation…?

Begleiteter Umgang durch das Jugendamt. §1684 Abs 4. BGB Ein Mitwirkungsbereiter Dritter muss dabei sein. Kindeswohl muss gewährleistet sein.

Was kann das Gericht beschließen…?

Umgangsrecht ausschließen/Einschränken §1684 Abs. 4 BGB

Dies muss allerdings begrenzt werden!

Hat Hohe Voraussetzungen.

Fall 8:

Streits an der Haustüre?

Begleitete Übergabe (Unterschied zum Begleitenden Umgang)

Fall 9:

Kann das Gericht trotzdem einen Umgang anordnen?

Der Mutter fehlt es an Bindungstoleranz, der Wille des Kindes ist in dem Fall nicht zu bewerten.

Vermutlich wird mit Stundenweisen Umgang begonnen.

16 jähriger?

Wille des Kindes wird mit zunehmenden Alter wichtiger. Dadurch hat dieser die eigene Entscheidung über den Umgang.

Überlegung ob der Umgang ausgeschlossen wird, wenn der Vater auf seinen Antrag bestehen bleibt.

Fall 10:

Vergleich gilt vor Gericht als Beschluss!

Was kann jedes Elternteil bei Gericht beantragen?

§88 FamFG – Vollstreckung kann beantragt werden oder ein Vermittlungsverfahren §165 FamFG

Was passiert wenn ein Elternteil die Umgangsregelung nicht mehr für Kindeswohlgerecht hält?

Abänderung des Beschlusses §1696 BGB

Vertragen sich die Eltern (Trotz Beschluss), können Sie es machen wie sie es wollen.

04.12.2019

**Kindeswohlgefährdung**

§1666 BGB

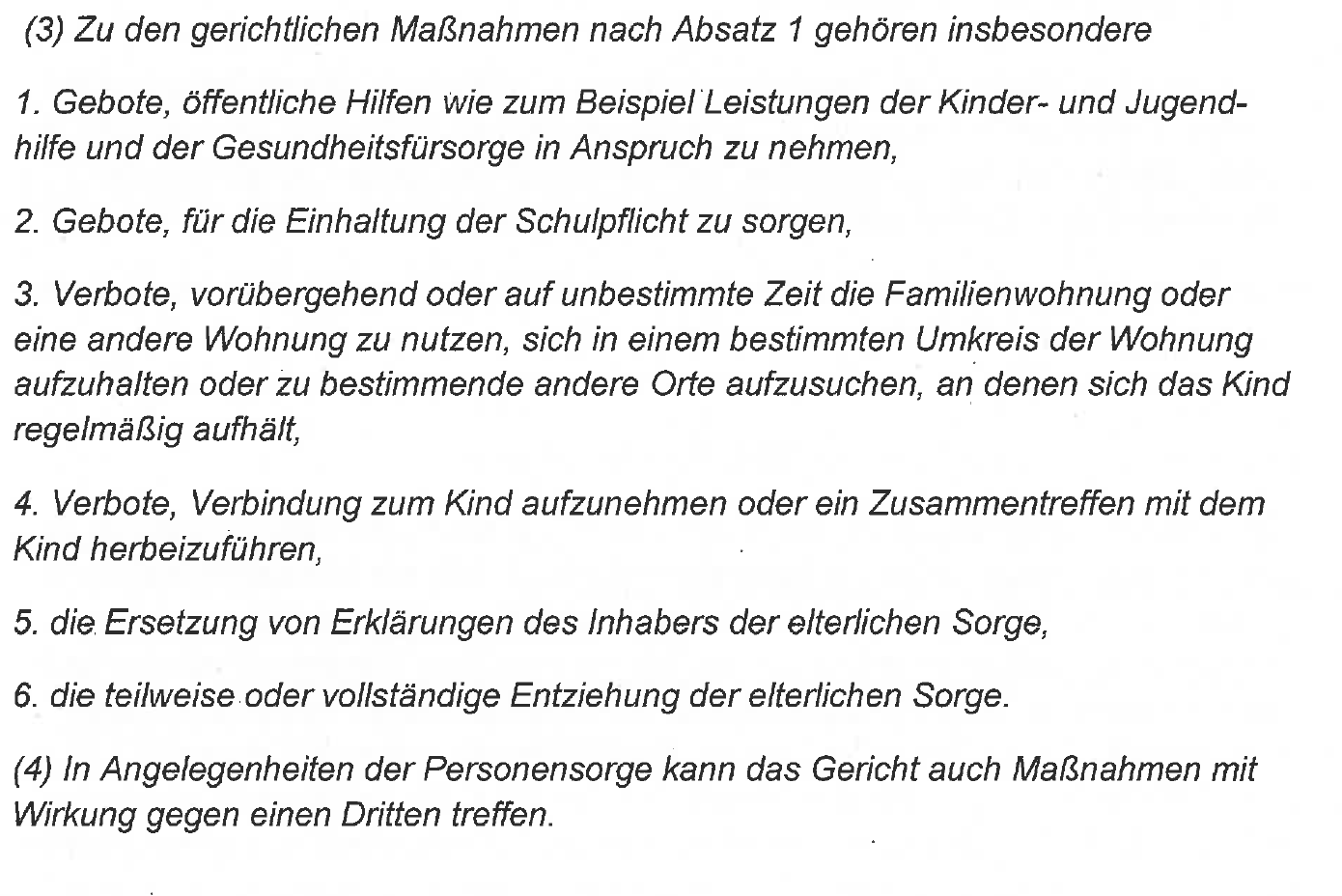
Artikel 6 GG – Pflege und Erziehung der Kinder sind… Eltern… Staat überwacht.

Was ist Kindeswohlgefährdung:

* Ernährung wird nicht sichergestellt
* Sexueller Missbrauch
* Seelische Wohl
* Gewalt(freie) Erziehung
* Suchterkrankung der Eltern
* Psychische Erkrankung der Eltern
* Geistig behinderte Eltern
* Ablehnung von med. Versorgung bei Krankheiten (Religionshintergrund)
* Elternkonflikte (Scheidung – Kinder werden als Druckmittel eingesetzt)

Wenn Eltern nicht gewillt oder in der Lage sind eine Gefährdung abzuwenden.

Was tun, wenn man eine Kindeswohlgefährdung hat ? (§1666 Abs 3 BGB)



Die in Absatz 3 genannten Punkte sind Beispiele für Handlungsmöglichkeiten um eine Kindeswohlgefährdung abzuwenden bzw. darauf zu reagieren.

Ersetzung von Erklärungen des Inhabers der elterlichen Sorge :

* Wenn Eltern ihre Sorgepflicht nicht nachkommen. Bsp.: Unterschrift für eine Operation, Gesundheitsangelegenheiten, Unterbringung in eine stat. Maßnahme
* Wenn Eltern nicht agieren und dadurch das Kindeswohl in Gefahr ist.

Wenn das Sorgerecht entzogen ist, geht es über auf einen sog. Vormund §1680 Abs. 3 BGB

Wird das Sorgerecht nur einem entzogen wird, hat es automatisch der andere Partner.

Ergänzungspfleger hat nur einen Teil der elterlichen Sorge.

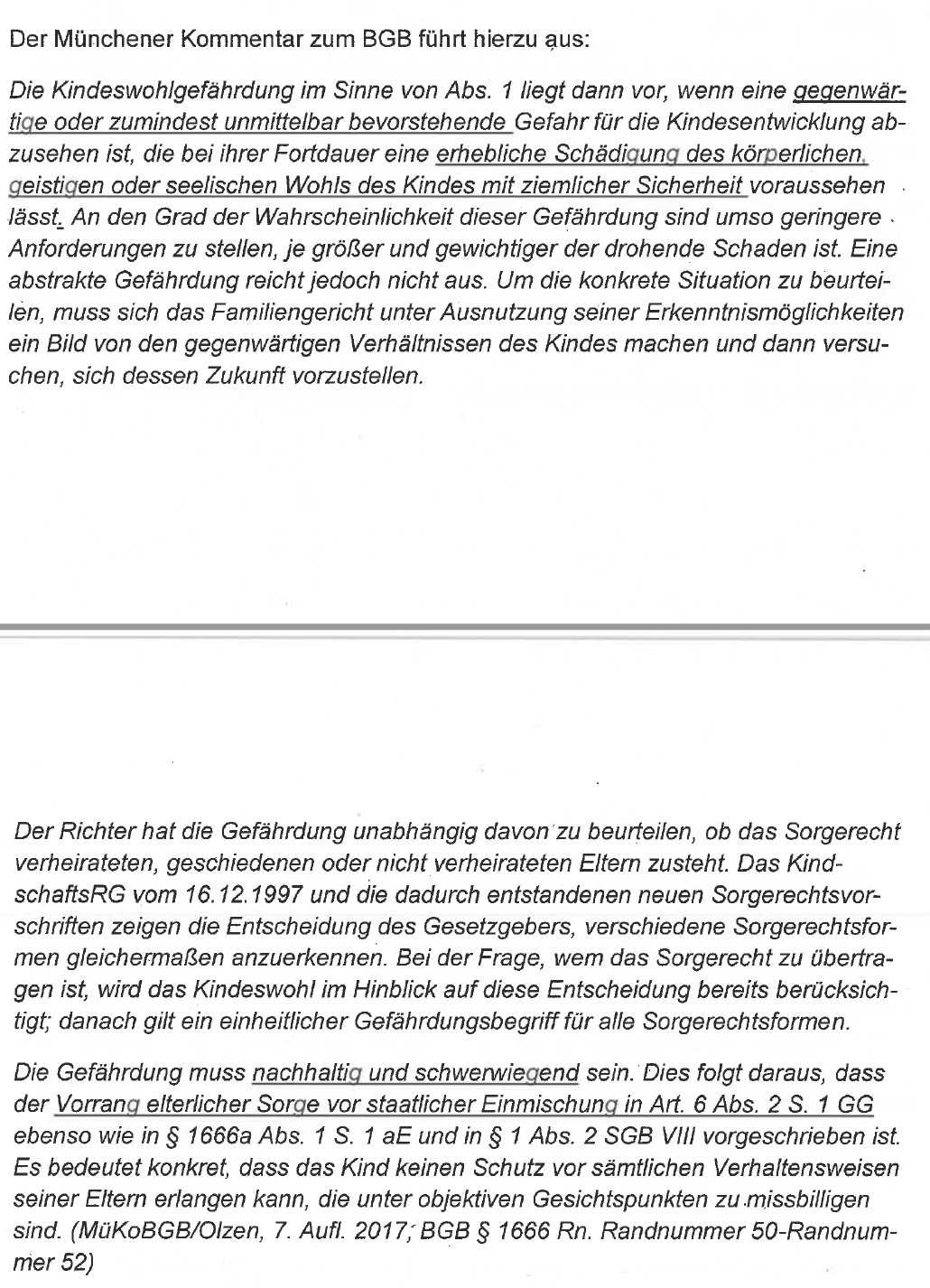
§1666a Abs. 1 Satz 1. 🡪 Nur wenn alles andere geprüft wurde und alles ausgeschöpft wurde kann die Sorge entzogen werden.

Abs 2. 🡪 deutet auf einen Teilentzug der Sorge hin.

Der Staat darf nur agieren, wenn eine Wohlgefährdung gegeben ist. Der Staat sucht keine „besseren“ Eltern. Ist die Gefährdung vorüber, muss die Sorge zurückgegeben werden.

* Muss sich sicher sein! Häufig wird ein Gutachten eingefordert.

§1666 ist von Amtswegen, häufig auf Anregung vom Jugendamt.



Wird die Sorge entzogen, muss in einem angemessenen Zeitabschnitt (§1696 Abs. 2) überprüft werden, ob diese Maßnahme noch angemessen ist.

FamFG 166 Abs. 2 in der Regel in einem Jahr, wird erneut überprüft.

Eine Rückführung in die Ursprungsfamilie muss Ziel des Staates sein (Bsp.: Drogenfreie Mutter erhält nach Jahren ihr Kind zurück, obwohl die Pflegefamilie offensichtlich besser ist).

§1632 Abs. 4 BGB 🡪 Kind lebt lange bei einer Pflegefamilie und soll plötzlich zurückgeführt werden, gegen den Willen der Pflegefamilie.

* Wenn ein Kind aus einer Familie herausgenommen wird, hat dies erstmal keine Auswirkungen auf das Umgangsrecht.
* Ist in der Praxis oft schwierig

§166 Abs 3. FamFG 🡪 Muss das Gericht nichts machen (Kooperation vorhanden). Das Gericht muss seine Entscheidung nach drei Monaten überprüfen, also ob es richtig war nichts zu machen. Mehrmals wiederholbar.

Verfahren sind meist vorrangig und beschleunigt. Es muss sofort gehandelt werden. §155 FamFG

§157 FamFG - Erörterung der Kindeswohlgefährdung; einstweilige Anordnung (Eltern müssen persönlich erscheinen, eine Vertretung durch den Anwalt ist nicht möglich.

„einstweilige Anordnung“ 🡪 Eilmaßnahme

Das Kind wird bei einem bestimmten Alter ebenfalls angehört. Verfahrensbeistand muss bestellt werden §158 FamFG, Vertritt das Kind und handelt im Interesse des Kindes.

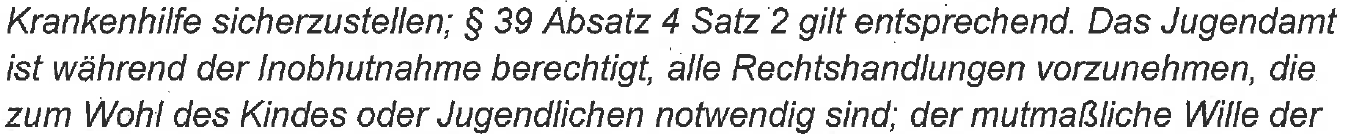
§163 FamFG - Sachverständigengutachter

11.12.2019

Jugendamt ist teil der Verwaltung und wird besonders bei Kindeswohlgefährdung aktiv. Jugendamt ist die exekutive

Im SGB VIII §8a liegt die Kindeswohlgefährdung zugrunde.

* Insoweit erfahrene Fachkräfte
* Mit Eltern und Kinder sprechen
* ASD muss zu den Eltern fahren
* Hilfe muss angeboten werden.
* Besteht eine Gefahr und die Eltern wirken nicht mit, muss das Familiengericht eingeschaltet werden. Sollte das Gericht nicht zur Verfügung stehen, kann das Kind in Obhut genommen werden.
* Inobhutnahme §42 SGB VIII
  + Wenn das Kind das bittet
  + Dringende Gefahr für das wohl des Kindes
  + Ausländische Kinder unbegleitet nach DE kommt.
* Eltern befinden sich häufig in einer „Scheinkooperation“, dies macht es schwer, da die Eltern einwilligen aber nicht handeln.



18.12.2019

**Das Familiengerichtliche Verfahren**

* Prozessrecht, wie man zu einem Ergebnis kommt.
* FamFG u.a. Gesetzestexte

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Bundesgerichtshof (BGH) | Bundesverfassungsgericht  (BverfG) |  |  |  |
| Oberlandesgericht (OLG) |  |  |  |  |
| Landesgericht (LG) |  |  |  |  |
| Amtsgericht (AG) | Sozialgericht (SG) | Verwaltungsgericht (VerwG) | Finanzgericht (FG) | Arbeitsgericht (ArbG) |
| FamFG  Zivilrecht  Strafrecht |  |  |  |  |

* Familiensachen sind Angelegenheiten wo es nicht vorrangig um Geld geht (wie Adoption usw.).
* Familienstreitsachen sind vor dem Zivilgericht zu verhandeln (Streit um Geld etc.)
  + §113 FamFG, können behandelt werden wie Zivilrechtangelegenheiten.
* FamFG wurde 2009 eingeführt
* Im Familiengericht werden Kläger Beteiligte genannt, klingt freundlicher.
* Protokoll heißt vermerk
* Anhörungstermin, statt Verhandlungstermin
* Sprachlich „angenehmer“
* §114 FamFG Vertretung durch einen Rechtsanwalt
  + §114 Abs. 4 wenn kein Anwalt benötigt wird…
* Scheidungsverbundverfahren
  + Mehrere Punkte, wie Unterhalt, Sorgerecht etc. werden auf einmal geklärt. Vorher ist man nicht geschieden.
  + §140 FamFG Abtrennung
* Verfahrenskostenhilfe
  + Bei zu wenig Einkommen übernimmt die Staatskasse, welche das wieder auf Raten zurückfordert.
  + Antrag stellen
  + Kann auch während einem laufenden Verfahren beantragen.
* Im Scheidungsverbund benötigen beide Seiten einen Anwalt, ansonsten nur eine Seite
* Besondere Vorschriften gibt es in Kindschaftssachen
  + §151 FamFG
  + §155 FamFG Vorrang und Beschleunigungsgebot
    - Es geht hier um das Kindeswohl und durch nichts tun können gravierende Problematiken auftreten. „Durch nichts tun Fakten schaffen“
    - Sind vor anderen Sachen durchzuführen
    - (1) Kindschaftssachen, die den **Aufenthalt** des Kindes, das **Umgangsrecht** oder die **Herausgabe** des Kindes betreffen, sowie Verfahren wegen Gefährdung des Kindeswohls sind vorrangig und beschleunigt durchzuführen.
    - (2) Das Gericht erörtert in Verfahren nach Absatz 1 die Sache mit den Beteiligten in einem Termin. Der Termin **soll** spätestens **einen Monat** nach Beginn des Verfahrens stattfinden. Das Gericht hört in diesem Termin das Jugendamt an. Eine Verlegung des Termins ist nur aus **zwingenden Gründen** zulässig. Der Verlegungsgrund ist mit dem Verlegungsgesuch glaubhaft zu machen.
    - (3) Das Gericht soll das **persönliche Erscheinen** der verfahrensfähigen Beteiligten zu dem Termin anordnen.
      * Jugendamt wird ebenfalls angehört
      * Eltern dürfen sich nicht vertreten lassen, Sie müssen persönlich erscheinen.
      * Idee dahinter, man trifft sich und bespricht das ganze unverbindlich. Häufig ergibt sich in diesem Treffen einen vergleich
    - Eltern sollen zu einer Einigung angeregt werden §156 Abs. 1 FamFG. Ist für das Kind besser, da Eltern am selben Strang ziehen.
      * Hinweis auf Beratung (Bsp. Caritas) häufig begleitet durch Psychologen
      * Qualifizierte Übergabe: Fachkräfte der Beteiligten (Ju-Amt, Gericht, Beratung) treffen sich gemeinsam mit den Eltern um zu beraten. Die Beratungsstelle hat hier umfänglich alle Informationen, zum Teil auch Informationen welche Eltern gar nicht auf dem Schirm haben.
      * Das Gericht kann anordnen, dass die Eltern an eine Beratung teilnehmen. Wenn das Gericht der Meinung ist, dies würde den Eltern gut tun. (Zwangsmitteleinsatz nicht möglich Bsp. Polizei-Begleitung)
* Früher gab es das Cochemer-Modell
  + Leute wieder in die Beratung bringen, Psychologische Anbindung
  + Interdisziplinäre Anbindung
  + Alle beteiligten an einen Tisch bekommen.
  + Dieses Modell war grundlegend für die heutigen Inhalte im FamFG (Bei Scheidung)
* §162 FamFG
  + (3) In Verfahren, die die Person des Kindes betreffen, ist das Jugendamt von Terminen zu benachrichtigen und ihm sind alle Entscheidungen des Gerichts bekannt zu machen. Gegen den Beschluss steht dem Jugendamt die Beschwerde zu.
  + Das Jugendamt wird angehört und sagen zu dieser Thematik etwas.
  + (2) In Verfahren nach den §§ 1666 und 1666a des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist das Jugendamt zu beteiligen. Im Übrigen ist das Jugendamt auf seinen Antrag am Verfahren zu beteiligen.
* §158 FamFG Verfahrensbeistände
  + (1) Das Gericht hat dem minderjährigen Kind in Kindschaftssachen, die seine Person betreffen, einen geeigneten Verfahrensbeistand zu bestellen, soweit dies zur Wahrnehmung seiner Interessen erforderlich ist.
  + (2) Die Bestellung ist in der Regel erforderlich,
    - wenn das Interesse des Kindes zu dem seiner gesetzlichen Vertreter in erheblichem Gegensatz steht,
    - in Verfahren nach den §§ 1666 und 1666a des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn die teilweise oder vollständige Entziehung der Personensorge in Betracht kommt,
    - wenn eine Trennung des Kindes von der Person erfolgen soll, in deren Obhut es sich befindet,
    - in Verfahren, die die Herausgabe des Kindes oder eine Verbleibens Anordnung zum Gegenstand haben, oder
    - wenn der Ausschluss oder eine wesentliche Beschränkung des Umgangsrechts in Betracht kommt.
  + Ein Verfahrensbeistand muss als „geeignet“ gewertet werden.
    - (7) Für den Ersatz von Aufwendungen des nicht berufsmäßigen Verfahrensbeistands gilt § 277 Abs. 1 entsprechend. Wird die Verfahrensbeistandschaft berufsmäßig geführt, erhält der Verfahrensbeistand für die Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 4 in jedem Rechtszug jeweils eine einmalige Vergütung in Höhe von 350 Euro. Im Fall der Übertragung von Aufgaben nach Absatz 4 Satz 3 erhöht sich die Vergütung auf 550 Euro. Die Vergütung gilt auch Ansprüche auf Ersatz anlässlich der Verfahrensbeistandschaft entstandener Aufwendungen sowie die auf die Vergütung anfallende Umsatzsteuer ab. Der Aufwendungsersatz und die Vergütung sind stets aus der Staatskasse zu zahlen. Im Übrigen gilt § 168 Abs. 1 entsprechend.
    - Er gilt als Beteiligter des Verfahrens.
  + Kann ein Vergleich zum Umgangsrecht vollstreckt werden?
    - Ja, wenn er vom Gericht gebilligt wurde §86 FamFG
* §163 FamFG Sachverständigen Gutachten
* §159 FamFG Anhörung des Kindes
  + Bei Entscheidungen (Ab drei Jahren Kindesalter) muss/sollte man ein Kind anhören.
    - Bindung
    - Wille
    - Kontinuität
    - Förderung
  + Ist ein Kind über 14, muss ein es immer angehört werden.
  + Unter 14, dann wenn Neigung, Bindung…
  + (4) Das Kind soll über den Gegenstand, Ablauf und möglichen Ausgang des Verfahrens in einer geeigneten und seinem Alter entsprechenden Weise informiert werden, soweit nicht Nachteile für seine Entwicklung, Erziehung oder Gesundheit zu befürchten sind. Ihm ist Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Hat das Gericht dem Kind nach § 158 einen Verfahrensbeistand bestellt, soll die persönliche Anhörung in dessen Anwesenheit stattfinden. Im Übrigen steht die Gestaltung der persönlichen Anhörung im Ermessen des Gerichts.
  + Umso Älter das Kind, desto wichtiger der Wille des Kindes
* Projekt Elternkonsens
  + Beratungsstellen
  + Arbeitsgruppen

08.01.2020

**Abstammungsrecht**

§1592 BGB, Vater ist der wo zum Zeitpunkt der Geburt mit der Frau verheiratet ist.

§1599 BGB, wenn zum Zeitpunkt der Geburt eine Scheidung geplant ist.

# § 1597a Verbot der missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft

(1) Die Vaterschaft darf nicht gezielt gerade zu dem Zweck anerkannt werden, die rechtlichen Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt des Kindes, des Anerkennenden oder der Mutter zu schaffen, auch nicht, um die rechtlichen Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt des Kindes durch den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit des Kindes nach § 4 Absatz 1 oder Absatz 3 Satz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes zu schaffen (missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft).

(2) Bestehen konkrete Anhaltspunkte für eine missbräuchliche Anerkennung der Vaterschaft, hat die beurkundende Behörde oder die Urkundsperson dies der nach § 85a des Aufenthaltsgesetzes zuständigen Behörde nach Anhörung des Anerkennenden und der Mutter mitzuteilen und die Beurkundung auszusetzen. Ein Anzeichen für das Vorliegen konkreter Anhaltspunkte ist insbesondere:

1.

das Bestehen einer vollziehbaren Ausreisepflicht des Anerkennenden oder der Mutter oder des Kindes,

2.

wenn der Anerkennende oder die Mutter oder das Kind einen Asylantrag gestellt hat und die Staatsangehörigkeit eines sicheren Herkunftsstaates nach § 29a des Asylgesetzes besitzt,

3.

das Fehlen von persönlichen Beziehungen zwischen dem Anerkennenden und der Mutter oder dem Kind,

4.

der Verdacht, dass der Anerkennende bereits mehrfach die Vaterschaft von Kindern verschiedener ausländischer Mütter anerkannt hat und jeweils die rechtlichen Voraussetzungen für die erlaubte Einreise oder den erlaubten Aufenthalt des Kindes oder der Mutter durch die Anerkennung geschaffen hat, auch wenn das Kind durch die Anerkennung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, oder

5.

der Verdacht, dass dem Anerkennenden oder der Mutter ein Vermögensvorteil für die Anerkennung der Vaterschaft oder die Zustimmung hierzu gewährt oder versprochen worden ist.

Die beurkundende Behörde oder die Urkundsperson hat die Aussetzung dem Anerkennenden, der Mutter und dem Standesamt mitzuteilen. Hat die nach § 85a des Aufenthaltsgesetzes zuständige Behörde gemäß § 85a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes das Vorliegen einer missbräuchlichen Anerkennung der Vaterschaft festgestellt und ist diese Entscheidung unanfechtbar, so ist die Beurkundung abzulehnen.

(3) Solange die Beurkundung gemäß Absatz 2 Satz 1 ausgesetzt ist, kann die Anerkennung auch nicht wirksam von einer anderen beurkundenden Behörde oder Urkundsperson beurkundet werden. Das Gleiche gilt, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 2 Satz 4 vorliegen.

(4) Für die Zustimmung der Mutter nach § 1595 Absatz 1 gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.

(5) Eine Anerkennung der Vaterschaft kann nicht missbräuchlich sein, wenn der Anerkennende der leibliche Vater des anzuerkennenden Kindes ist.

# § 1600d Gerichtliche Feststellung der Vaterschaft

(1) Besteht keine Vaterschaft nach § 1592 Nr. 1 und 2, § 1593, so ist die Vaterschaft gerichtlich festzustellen.

(2) Im Verfahren auf gerichtliche Feststellung der Vaterschaft wird als Vater vermutet, wer der Mutter während der Empfängniszeit beigewohnt hat. Die Vermutung gilt nicht, wenn schwerwiegende Zweifel an der Vaterschaft bestehen.

(3) Als Empfängniszeit gilt die Zeit von dem 300. bis zu dem 181. Tage vor der Geburt des Kindes, mit Einschluss sowohl des 300. als auch des 181. Tages. Steht fest, dass das Kind außerhalb des Zeitraums des Satzes 1 empfangen worden ist, so gilt dieser abweichende Zeitraum als Empfängniszeit.

(4) Ist das Kind durch eine ärztlich unterstützte künstliche Befruchtung in einer Einrichtung der medizinischen Versorgung im Sinne von § 1a Nummer 9 des Transplantationsgesetzes unter heterologer Verwendung von Samen gezeugt worden, der vom Spender einer Entnahmeeinrichtung im Sinne von § 2 Absatz 1 Satz 1 des Samenspenderregistergesetzes zur Verfügung gestellt wurde, so kann der Samenspender nicht als Vater dieses Kindes festgestellt werden.

(5) Die Rechtswirkungen der Vaterschaft können, soweit sich nicht aus dem Gesetz anderes ergibt, erst vom Zeitpunkt ihrer Feststellung an geltend gemacht werden.

# § 1600 Anfechtungsberechtigte

(1) Berechtigt, die Vaterschaft anzufechten, sind:

1. der Mann, dessen Vaterschaft nach § 1592 Nr. 1 und 2, § 1593 besteht,

2. der Mann, der an Eides statt versichert, der Mutter des Kindes während der Empfängniszeit beigewohnt zu haben,

3. die Mutter und

4. das Kind.

(2) Die Anfechtung nach Absatz 1 Nr. 2 setzt voraus, dass zwischen dem Kind und seinem Vater im Sinne von Absatz 1 Nr. 1 keine sozial-familiäre Beziehung besteht oder im Zeitpunkt seines Todes bestanden hat und dass der Anfechtende leiblicher Vater des Kindes ist. (Wenn zwischen dem Kind und dem rechtlichen Vater keine Beziehung besteht)

(3) Eine sozial-familiäre Beziehung nach Absatz 2 besteht, wenn der Vater im Sinne von Absatz 1 Nr. 1 zum maßgeblichen Zeitpunkt für das Kind tatsächliche Verantwortung trägt oder getragen hat. Eine Übernahme tatsächlicher Verantwortung liegt in der Regel vor, wenn der Vater im Sinne von Absatz 1 Nr. 1 mit der Mutter des Kindes verheiratet ist oder mit dem Kind längere Zeit in häuslicher Gemeinschaft zusammengelebt hat.

(4) Ist das Kind mit Einwilligung des Mannes und der Mutter durch künstliche Befruchtung mittels Samenspende eines Dritten gezeugt worden, so ist die Anfechtung der Vaterschaft durch den Mann oder die Mutter ausgeschlossen.

# 1600b Anfechtungsfristen

(1) Die Vaterschaft kann binnen zwei Jahren gerichtlich angefochten werden. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in dem der Berechtigte von den Umständen erfährt, die gegen die Vaterschaft sprechen; das Vorliegen einer sozial-familiären Beziehung im Sinne des § 1600 Abs. 2 erste Alternative hindert den Lauf der Frist nicht.

(1a) (weggefallen)

(2) Die Frist beginnt nicht vor der Geburt des Kindes und nicht, bevor die Anerkennung wirksam geworden ist. In den Fällen des § 1593 Satz 4 beginnt die Frist nicht vor der Rechtskraft der Entscheidung, durch die festgestellt wird, dass der neue Ehemann der Mutter nicht der Vater des Kindes ist.

(3) Hat der gesetzliche Vertreter eines minderjährigen Kindes die Vaterschaft nicht rechtzeitig angefochten, so kann das Kind nach dem Eintritt der Volljährigkeit selbst anfechten. In diesem Falle beginnt die Frist nicht vor Eintritt der Volljährigkeit und nicht vor dem Zeitpunkt, in dem das Kind von den Umständen erfährt, die gegen die Vaterschaft sprechen.

(4) Hat der gesetzliche Vertreter eines Geschäftsunfähigen die Vaterschaft nicht rechtzeitig angefochten, so kann der Anfechtungsberechtigte nach dem Wegfall der Geschäftsunfähigkeit selbst anfechten. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend.

(5) Die Frist wird durch die Einleitung eines Verfahrens nach § 1598a Abs. 2 gehemmt; § 204 Abs. 2 gilt entsprechend. Die Frist ist auch gehemmt, solange der Anfechtungsberechtigte widerrechtlich durch Drohung an der Anfechtung gehindert wird. Im Übrigen sind § 204 Absatz 1 Nummer 4, 8, 13, 14 und Absatz 2 sowie die §§ 206 und 210 entsprechend anzuwenden.

(6) Erlangt das Kind Kenntnis von Umständen, auf Grund derer die Folgen der Vaterschaft für es unzumutbar werden, so beginnt für das Kind mit diesem Zeitpunkt die Frist des Absatzes 1 Satz 1 erneut.

# § 1598a Anspruch auf Einwilligung in eine genetische Untersuchung zur Klärung der leiblichen Abstammung

(1) Zur Klärung der leiblichen Abstammung des Kindes können

1. der Vater jeweils von Mutter und Kind,

2. die Mutter jeweils von Vater und Kind und

3. das Kind jeweils von beiden Elternteilen

verlangen, dass diese in eine genetische Abstammungsuntersuchung einwilligen und die Entnahme einer für die Untersuchung geeigneten genetischen Probe dulden. Die Probe muss nach den anerkannten Grundsätzen der Wissenschaft entnommen werden.

(2) Auf Antrag eines Klärungsberechtigten hat das Familiengericht eine nicht erteilte Einwilligung zu ersetzen und die Duldung einer Probeentnahme anzuordnen.

(3) Das Gericht setzt das Verfahren aus, wenn und solange die Klärung der leiblichen Abstammung eine erhebliche Beeinträchtigung des Wohls des minderjährigen Kindes begründen würde, die auch unter Berücksichtigung der Belange des Klärungsberechtigten für das Kind unzumutbar wäre.

(4) Wer in eine genetische Abstammungsuntersuchung eingewilligt und eine genetische Probe abgegeben hat, kann von dem Klärungsberechtigten, der eine Abstammungsuntersuchung hat durchführen lassen, Einsicht in das Abstammungsgutachten oder Aushändigung einer Abschrift verlangen. Über Streitigkeiten aus dem Anspruch nach Satz 1 entscheidet das Familiengericht.

Während dieses Verfahrens steht die Frist still.

15.01.2020

**Unterhalt**

* Unterscheidung zwischen Kindesunterhalt und Ehegattenunterhalt
* Familienunterhalt, wenn Familien nicht getrennt leben
* §1360 BGB
* Bei getrennt lebenden
* §1361 BGB, dieser gilt ab der Trennung bis zur Scheidung. Nach der Scheidung, sind die Eheleute für sich selbst zuständig. (§1361 Abs. 2)
* Auf den Trennungsunterhalt kann nicht verzichtet werden.
* Ehegattenunterhalt nach der Scheidung §1569
  + Wie viel eine Frau, welche Kinderbetreut, arbeiten muss, entscheidet das Gericht. Es muss eine Zumutbare Situation sein. Betreuungsunterhalt
* §1578b Befristung des Unterhalts
  + Hier kommt es auf die Ehebedingten Vor- oder Nachteile ab. (Bsp. Eine Beförderung auf welche verzichtet wurde.)
  + §1579 BGB Beschränkung oder Versagung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit
* §1605
* Unterhalt bei getrenntlebenden mit gemeinsamen Sorgerecht § 1629 Abs. 2 Satz 2.
* Beim Wechselmodell, kann erst einmal keiner Unterhalt geltend machen, §1628
  + Ungelöstes Problem beim Wechselmodell
* §1629 Abs. 3, solange keine Scheidung vorhanden, macht ein Elternteil dies auf den eigenen Namen geltend.
* Titel = Vollstreckungsgrundlage

Klausur:

* Keine Historischen Fragen
* Auslandsbezüge (Kapitel 6)
* Adoption (Kapitel 9)
* Gewaltschutz 11 und 12
* Keine Berechnung des Unterhalts
* Keine Fälle